

Festnahmen bei Berliner Palästina-Demo: Spannungen am Alexanderplatz!

Bei einer propalästinensischen Demonstration am 13.07.2025 in Berlin kam es zu mehreren Festnahmen. Proteste gegen Israel spalten die Gesellschaft.



Alexanderplatz, Berlin, Deutschland - Am vergangenen Samstag, dem 13. Juli 2025, kam es in Berlin zu einer bedeutsamen propalästinensischen Demonstration auf dem Alexanderplatz. Der Anlass war die anhaltende Kritik am Vorgehen Israels im Gaza-Konflikt, was seit dem verheerenden Terrorangriff der Hamas auf Israel an Bedeutung gewonnen hat. Ursprünglich waren rund 150 Personen zur Kundgebung erschienen, doch die Teilnehmerzahl wuchs im Verlauf der Veranstaltung auf bis zu 700, wie **n-tv** berichtet.

Die Demonstration fand unter dem Motto **Solidarität mit Palästina Stoppt den Gaza Genozid** statt, jedoch genehmigte die Versammlungsbehörde nur eine statische Kundgebung.

Diese Entscheidung wurde vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg bestätigt. Der Grund für den begrenzten Rahmen liegt in der Sorge um mögliche Ausschreitungen und dem Recht auf öffentliche Sicherheit.

Festnahmen und Polizeipräsenz

Die Polizei war mit rund 200 Beamtinnen und Beamten vor Ort, um die Veranstaltung zu überwachen. Während der Demonstration kam es zu mehreren Festnahmen: vier Demonstranten wurden, zusammen mit vier Passanten, die beleidigende Äußerungen gemacht haben sollen, festgenommen. Bei der Festnahme zweier Personen, die unter Verdacht der Volksverhetzung standen, sah sich die Polizei gezwungen, körperlichen Zwang anzuwenden, um nachströmende Teilnehmer zu kontrollieren, wie **der Tagesspiegel** berichtet.

Die Vorfälle werfen ein Schlaglicht auf die derzeitigen Diskussionen in Deutschland über die Grenzen der Meinungsfreiheit und die damit verbundenen Protestrechte. Laut **Amnesty International** sind die Einschränkungen für palästina-solidarische Stimmen erheblicher Natur und beschränken die Diskursräume. Es gibt Berichte darüber, dass in vielen Orten Ausrufe, Kleidungsstücke und Symbole mit Palästina-Bezug pauschal untersagt wurden, unter anderem die Palästina-Flagge an Berliner Schulen.

Meinungsfreiheit unter Druck

Die Debatte über die Meinungsfreiheit wird immer emotionaler. Kritische Stimmen bezüglich der israelischen und deutschen Regierungspolitik sehen sich einer zunehmenden Kriminalisierung ausgesetzt. Amnesty fordert, dass Hochschulen als Räume für offene Debatten fungieren dürfen, ohne Angst vor Repressionen ternern zu müssen. Diese Situation zeigt, dass ein feiner Graben zwischen legitimer Meinungsäußerung und hetzerischer Rhetorik verläuft, insbesondere wenn

antisemitische und antimuslimische Äußerungen oft mangelhaft voneinander getrennt werden.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der gestrige Tag ein weiteres Kapitel in der komplexen Auseinandersetzung um die Rechte auf Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit in Deutschland eröffnet hat. Die Ereignisse auf dem Alexanderplatz laden zu einer gründlichen Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen ein. Es liegt an allen Beteiligten, einen respektvollen und konstruktiven Dialog zu fördern, um Raum für Streit, Trauer und notwendige Veränderungen zu erhalten.

Details	
Ort	Alexanderplatz, Berlin, Deutschland
Quellen	• www.n-tv.de • www.tagesspiegel.de • www.amnesty.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net